
Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Institutes für Geschichte der
Gesellschaftswissenschaften. Herausgegeben von Erika Weinzierl und Wolf-
gang J. A. Huber. Sonderband 2

Friedrich Stadler (Hrsg.)

Vertriebene Vernunft I

Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft
1930—1940

Jugend und Volk Wien München

*Immer fand ich den Namen falsch, den man uns gab:
Emigranten.
Das heißt doch Auswanderer. Aber wir
Wanderten doch nicht aus, nach freiem Entschluß
Wählend ein anderes Land. Wanderten wir doch auch nicht
Ein in ein Land, dort zu bleiben, womöglich für immer.
Sondern wir flohen. Vertriebene sind wir, Verbannte.
Und kein Heim, ein Exil soll das Land sein, das uns aufnahm.*

Bertolt Brecht

*„Die anderen, die in die Emigration gegangen sind,
hatten es ja eigentlich besser als ich,
der ich zuhause geblieben bin...“*

Karl Böhm (1979)

INHALT

Vorwort	7
Friedrich Stadler Emigration der Wissenschaft — Wissenschaft von der Emigration Ein ungeschriebenes Kapitel österreichischer Zeitgeschichte	9
METHODEN UND THEORIEN	
Josef Langer Gesellschaftliche Rahmenbedingungen der wissenschaftlichen Emigration aus Österreich	44
Irene Etzersdorfer Einige Überlegungen zur Theorie von „Oral-History“-Interviews ...	53
DISZIPLINEN	
Hans-Joachim Dahms Die Emigration des Wiener Kreises	66
Johannes Reichmayr „Anschluß“ und Ausschluß. Die Vertreibung der Psychoanalytiker aus Wien	123
Christian Fleck Rückkehr unerwünscht. Der Weg der österreichischen Sozialforschung ins Exil	182
Anton Amann Soziologie in Wien. Entstehung und Emigration bis 1938	214
Karl H. Müller Die Idealwelten der österreichischen NationalökonomInnen	238
Oliver Rathkolb Überlegungen zum Exodus der „Jurisprudenz“	276
Fritz Hausjell Österreichische Journalisten und Publizisten im Exil (1933/34 bis 1945). Eine Fallstudie	304
Johann Dvořák Die Emigration österreichischer wissenschaftlicher Intelligenz und die Wiener Volksbildung 1918 bis 1938	343

Michael Hubenstorf	
Österreichische Ärzte-Emigration	359
Wilhelm Frank	
Emigration österreichischer Technikerinnen und Techniker	416
FRAUEN	
Edith Prost	
Emigration und Exil österreichischer Wissenschaftlerinnen	444
ZEITZEUGEN	
Rudolf Ekstein	
Die Vertreibung der Vernunft und ihre Rückkehr	472
Hans Friedmann	
Emigrant in Kolumbien 1938 bis 1947	478
Kurt R. Fischer	
Emigration nach Shanghai	487
Eduard März	
Erinnerungen	499
Paul Neurath	
Wissenschaftliche Emigration und Remigration	513
Erwin Trebitsch	
Emigration nach Australien	538
Hilde Zaloscer	
Das dreimalige Exil	544
DIE AUTOREN	573
NAMENSREGISTER	578

VORWORT

Der vorliegende Sammelband ist im wesentlichen Ergebnis einer Vortragsreihe zur österreichischen Wissenschaftsemigration am Wiener „Institut für Wissenschaft und Kunst“ vom Herbst 1985 bis zum Frühjahr 1987.

Der Tod zweier Zeitzeugen, Univ.-Prof. Karl R. Stadler und Univ.-Prof. Eduard März, im Sommer 1987 überschattete die Vorbereitungsarbeiten zur Publikation: Eduard März brachte zwei Tage vor seinem Tod sein Manuskript noch selbst zum Verlag, und Karl R. Stadler war aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in der Lage, seinen autobiographischen Bericht für den Druck niederzuschreiben. Allein diese Schicksalsschläge spiegeln den traurigen Wettlauf einer verspäteten Historiographie mit der Zeit.

Die Publikation *Vertriebene Vernunft I* ist eine erste Bestandsaufnahme der verlust- und folgenreichen Emigration und Exilierung österreichischer Wissenschaftler(innen) und als Diskussionsgrundlage für das internationale Symposium „Vertriebene Vernunft — Emigration österreichischer Wissenschaft“ vom 19. bis 23. Oktober 1987 in Wien gedacht, dessen Referate im Jahre 1988 in Buchform erscheinen werden.

Beide Unternehmungen folgen dem Prinzip des Dialogs zwischen vorwiegend jüngeren Vertretern der einschlägigen Forschung und betroffenen Zeugen dieses dunklen Kapitels österreichischer Zeitgeschichte. Und beide Aktivitäten stehen in engem Zusammenhang mit einem Forschungsprojekt zur österreichischen Wissenschaftsemigration am „Institut für Wissenschaft und Kunst“ 1986 bis 1988, das vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung finanziert wird.

Für das Zustandekommen dieses Buches ist u. a. zu danken: vor allem Univ.-Prof. Dr. Erika Weinzierl, die aus Anlaß des 10jährigen Bestandes des von ihr geleiteten „Ludwig Boltzmann-Institutes für Geschichte der Gesellschaftswissenschaften“ die IWK-Vortragsreihe als Sonderband in die Veröffentlichungsreihe ihres Institutes aufnahm und finanzieren ließ; dem „Institut für Wissenschaft und Kunst“, das mir eine geeignete Plattform für Vortragsreihe und Forschungsprojekt bot bzw. bietet; Dr. Karl Fallend und DDr. Oliver Rathkolb für ihre Mithilfe bei Korrektur, Register bzw. Organisation; schließlich der Lektorin Eva Wasmuth vom Verlag Jugend und Volk für ihre unermüdliche und sorgfältige Betreuung.

CHRISTIAN FLECK

Rückkehr unerwünscht. Der Weg der österreichischen Sozialforschung ins Exil

Dem Andenken an Eduard März

EINLEITUNG

Der Versuch, einen Überblick über die Entwicklung der Soziologie und Sozialforschung in der ersten österreichischen Republik zu geben, kann auf Bemühungen aufbauen, die die österreichische Zeitgeschichte und die internationale Soziologiegeschichte der letzten Jahre kennzeichnen. Das breite Interesse, das die Erste Republik unter Historikern gefunden hat, brachte auch Veröffentlichungen zur Geistesgeschichte und — was im vorliegenden Fall fast noch wichtiger ist — zum Komplex Emigration und Exil hervor. Allerdings sind die Mängel dieser Arbeiten nicht zu übersehen: So dominiert eine ideengeschichtliche Betrachtungsweise, die die sozialen und institutionellen Aspekte der Wissenschaftsentwicklung nahezu gänzlich ausblendet.¹ Die Erforschung des österreichischen Exils beschränkte sich bislang vornehmlich auf die politische und kulturelle, hier wiederum vorrangig auf die literarische Emigration.² Die soziologiegeschichtlichen Veröffentlichungen weisen zwei im hier zu erörternden Fall gravierende Mängel auf: Zum einen wird der Unterscheidung von universitärer und außeruniversitärer Soziologie kaum Beachtung geschenkt, was vielleicht für die Geschichte der Soziologie in Deutschland gerechtfertigt ist, hinsichtlich der österreichischen Entwicklung aber zu groben Verzeichnungen führt,³ zum anderen ist die fraglose Ineinssetzung von deutscher und österreichischer Entwicklung in einer deutschsprachigen Fachgeschichte wenigstens für den Fall des kleineren Parts mißverständlich.⁴ Diese Mängel und Irrtümer, die als solche behebbar scheinen, gewinnen in einer kulturpolitischen Situation, in der es mancher österreichischen Stelle um die Wiederherstellung verlorener internationaler Reputation auf dem Wege der Usurpation bislang verpönte oder vergessener intellektueller Positionen und Strömungen geht, ein Eigenleben denkwürdiger Ambivalenz: Es scheint, als würde man sich hierzulande mit Vorliebe post festum mit jenen schmücken, die man als entbehrlich einst davonziehen ließ oder gar verjagte, um solcherart über eben jene Vergangenheit, die in eine Geschichte Österreichs nur unwillig integriert wird, den Schleier des „aber auch...“ zu breiten. Einem Patriotismus,

der sich jene Rosinen aus dem Geisteskuchen herauspickt, die anderswo erst als solche erkannt wurden, soll hier nicht das Wort geredet werden. Wenn im Folgenden von der Geschichte der Soziologie in Österreich gesprochen wird, dann geschieht dies unter dem Vorzeichen der selbstverursachten Verlustbilanz. Keinesfalls sollte der Eindruck entstehen, daß Österreich als Staat, Nation oder Kultur darauf stolz sein kann, diesen oder jenen prominenten Soziologen „hervorgebracht“ zu haben. Vielmehr ist das Gegenteil wahr: Gegen die herrschenden Institutionen und Geistesströmungen entwickelte sich das, was als Soziologie aus Österreich hervorging und darüber hinaus erst lange nachdem es im westlichen Ausland gewürdigt wurde, auch österreichische Zustimmung fand.

1. AUSGANGSSITUATION

Die Entwicklung der Sozialwissenschaften ist in Österreich während des ausgehenden 19. Jahrhunderts und der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts durch eine zweifache Prädominanz gekennzeichnet: die Vorherrschaft anderer wissenschaftlicher Disziplinen und der Gegensatz von Metropole und Provinz.

Jenseits der Wiener Stadtgrenzen herrsche retardierende Eintönigkeit und ein unterhalb der Mittelmäßigkeit angesiedeltes intellektuelles Niveau. Wachse dort jemand darüber hinaus, dränge er nach Wien, in die Metropole. Nur hier bestünde ein intellektuelles Klima, das Anregung und Herausforderung böte, wo eigene Ideen auf Resonanz stoßen und Ruhm nicht nach provinziellem Mief röche.

Noch so berechtigte Kritik an derartiger metropolitane Überheblichkeit kann die Richtigkeit dieser Betrachtungsweise nicht hinwegdisputieren. Bleibende intellektuelle Innovationen hatten vielleicht nicht ihre Wurzeln in Wien, ganz sicher wurden sie aber dort erstmals einem größeren Kreis bekannt. Zur kulturellen Hegemonie tritt hinzu, was die Provinzler den Wasserkopf zu nennen gewohnt waren: Entscheidungen politischer und administrativer Natur fielen in Wien, und war man davon in irgendeiner Weise abhängig oder wollte man auf sie einwirken, stand man in der Provinz auf verlorenem Posten. Trotz einiger Besonderheiten, die die Geschichte der Soziologie in Österreich kennzeichnen, unterschied sie sich in dieser Hinsicht nicht von anderen wissenschaftlichen Disziplinen oder Kultursegmenten.

Die Geschichte der Sozialwissenschaften ist in den letzten Jahrzehnten der Habsburgermonarchie durch die Vorherrschaft bestimmter Fächer gekennzeichnet. Während es der Nationalökonomie gelingt, aus dem Schatten der

„Juristen, Cameralisten und Forstbeflissenen“ — so eine noch 1900 verwendete Kennzeichnung der Studienfächer der Juridischen Fakultät⁵ — langsam herauszutreten, bleibt die Soziologie bis in die 60er Jahre dieses Jahrhunderts ein Appendix der Nationalökonomie oder der Philosophie. Ganz anders die kognitive Entwicklung: Ludwig Gumplowicz, Eugen Ehrlich, die Wiener Schule der Nationalökonomie, die Austromarxisten und die von Sigmund Freud inaugurierte Psychoanalyse erscheinen heute als die markanten Denkrichtungen des beginnenden 20. Jahrhunderts und vermitteln den Eindruck, daß die österreichischen Sozialwissenschaften dieser Epoche den internationalen Vergleich nicht zu scheuen brauchten.

Doch um wieviel ärmlischer wirkt das Bild, wenn man die institutionellen Gegebenheiten dieser Jahre in Betracht zieht. An den drei zisleithanischen Universitäten Wien, Graz und Innsbruck lehrten 1900 208 Ordinarien und 101 Extraordinarien. Unterstützt von 284 Privatdozenten, Repetitoren, Supplenten und Assistenten betreuten sie rund 10000 Studenten. Unterzieht man die Vorlesungsverzeichnisse einer eingehenderen Betrachtung hinsichtlich des sozialwissenschaftlichen Personals und Lehrangebots, resultiert ein derart mageres Ergebnis, daß es vollständig wiedergegeben werden kann (die folgenden Angaben beziehen sich auf das Sommersemester 1900): An der Universität Wien lehren die Ordinarien Eugen Philippovich von Philipsberg und Carl Menger Volkswirtschaftslehre bzw. Finanzwissenschaften; die ordentlichen Honorarprofessoren Eugen Böhm von Bawerk und Anton Menger lesen in diesem Semester nicht. Der Extraordinarius Carl Grünberg für Nationalökonomie und der Dozent Walter Schiff für Volkswirtschaftspolitik vervollständigen das Lehrangebot, das durch eine Vorlesung des Ordinarius für Verfassungsrecht, Edmund Bernatzik, über „Geschichte der Rechtsphilosophie mit besonderer Berücksichtigung der politischen und sozialen Theorien“ ergänzt wird. An der Medizinischen Fakultät hält der Privatdozent Sigmund Freud eine Vorlesung über „Psychologie des Traumes“. Die Ordinarien Ernst Mach und Friedrich Jodl lesen an der Philosophischen Fakultät über „Psychologie und Logik der Forschung“ bzw. über „Grundzüge der Psychologie“. Privatdozent Wilhelm Jerusalem liest in diesem Semester nicht, und der Privatdozent Alois Höfler kündigt „Gymnasialpädagogik“ an.

An der Universität Graz lehren die Ordinarien Richard Hildebrand Volkswirtschaftslehre und Alexius Meinong von Handschuchsheim Psychologie. Der Titularordinarius Otto von Zwiedinek-Südenhorst liest über „Geschichte Europas 1848—1871“, behandelt also fast Gegenwartsprobleme. Der damals international renommierteste Soziologe, Ludwig Gumplowicz, muß sich als Ordinarius für Staatslehre mit seinem „Brotberuf“ begnügen und hält Vor-

lesungen über Verwaltungslehre und österreichisches Verwaltungsrecht, sowie ein staatsrechtliches Seminar.

An der Universität Innsbruck lesen die Ordinarien Franz Freiherr von Myrbach-Rheinfeld Volkswirtschaft, Franz Hillebrand Psychologie, sowie — an der Theologischen Fakultät — Michael Hofmann über „Die soziale Frage (christliche Wirtschaftslehre und Arbeiterfrage)“.⁶

Verfolgen wir über die nächsten Jahrzehnte die Ausdifferenzierung der jungen Disziplin Soziologie vorerst weiterhin unter dem institutionellen Gesichtspunkt, treten einige Eigentümlichkeiten der österreichischen Entwicklung deutlich hervor. Intellektuell mag die Soziologie von den Erschütterungen, die die erste Hälfte dieses Jahrhunderts kennzeichnen, befruchtet worden sein, institutionell scheinen eben jene Eruptionen eine gegenteilige Wirkung gezeitigt zu haben. Diskontinuitäten im politischen und sozialen System erschweren die Etablierung als Universitätsfach, auch wenn man diese nicht allein verantwortlich machen sollte für die ausgebliebene Institutionalisierung. Mit Gesellschaft und Politik Österreichs teilt die Soziologie jedenfalls das Schicksal, daß die Zäsur 1918 die nachfolgenden Jahre nicht bloß überschattete, sondern nachhaltig beeinflusste. Die Auflösung der Habsburger-Monarchie hatte das für die noch kaum Gestalt angenommene Soziologie bedeutsame Subsystem der Universitäten in ein starkes Ungleichgewicht gebracht. Während der ganzen Jahre der Ersten Republik konnte am akademischen Markt ein wenigstens annähernder Gleichgewichtszustand nicht hergestellt werden, von einer Expansion nicht zu reden. Hierin liegt — wohl lange vor individuellen Faktoren, wie mangelndem öffentlichen Interesse, ideologischer Punzierung, aktiver Verhinderung durch Konkurrenten und geringerem Durchsetzungsvermögen jener, die als Protagonisten der neuen Disziplin auftreten hätten können — m. E. der entscheidende strukturelle Grund, der einen berechtigt zu behaupten, daß es vor 1938 eine Soziologie, verstanden als kognitive und institutionelle Einheit, nicht gab.

Was hier mit Bezug auf die Soziologie formuliert wird, gilt in einem allgemeineren Sinn wohl für alle „jungen“ Disziplinen und Schulen: Eine realistische Chance haben solche technologisch nicht effektuierbaren Disziplinen in einem, aufs Ganze besehen, (struktur-)konservativem System wie dem der Universitäten nur in expansiven Perioden. Gegen etablierte Disziplinen können neue nur dann Ansiedlungsansprüche geltend machen, wenn sie additiv hinzutreten, nicht aber, wenn ein Verdrängungswettbewerb stattfinden müßte. Manche Besonderheit des geistigen Lebens der Zwischenkriegszeit — die vielen Beobachtern nicht zu Bewußtsein kommt, weil sie nur darauf schauen, was alles in dieser Periode entstanden ist, aber nicht darauf achten, wo und unter welchen, meist unterprivilegierten, Bedingungen es Gestalt

anzunehmen genötigt war — scheint darin begründet zu sein, daß die Universitäten (von wenigen Ausnahmen abgesehen) stillstanden. Aber vielleicht liegt gerade in dem Zwang, außerhalb der auf Konformismus programmierten Universitäten existieren zu müssen, eine der Wurzeln für Kreativität und Innovation. Um diesen Aspekt herauszuarbeiten, muß allerdings historisch etwas weiter ausgeholt werden.

Um die Jahrhundertwende standen österreichischen Wissenschaftlern — wenigstens im Prinzip — acht Universitäten zur Auswahl: Neben Wien, Graz und Innsbruck auch noch die 1882 durch Teilung entstandenen zwei Prager Universitäten, die beiden alten Universitäten Krakau (gegründet 1263) und Lemberg (gegründet 1661) und die jüngste, die 1875 eröffnete Universität in Czernowitz. An fünf dieser Universitäten war Deutsch Unterrichtssprache, und an ihnen lehrten zwei Drittel aller Universitätslehrer 62 Prozent aller Studierenden der Monarchie. Von den rund 15000 Studenten aller acht Universitäten waren 46 Prozent Deutsche. Detaillierte statistische Daten fehlen, aber man wird schon aus diesen wenigen Informationen den Schluß ziehen können, daß sowohl bei den Studenten wie bei den Universitätslehrern die deutschsprachigen begünstigt waren.

Die Größe und Differenziertheit des akademischen Marktes (ganz abgesehen von den weniger renommierten Lehranstalten, die allenthalben auch Sozialwissenschaftlern Positionen einräumten, und dem Markt des benachbarten deutschsprachigen Auslandes) war um die Jahrhundertwende in der Lage, dem wissenschaftlichen Nachwuchs ein realistisches Karrieremuster zu offerieren: Nahm man für einige Jahre das Leben in der Provinz in Kauf, konnte man — sonstiges Wohlverhalten vorausgesetzt und akademische Reputation beigebracht — auf den Karrierehöhepunkt Wien berechtigt hoffen. Kam dazu doch noch, daß der Gang in die Provinz durch einen Aufstieg in der universitären Hierarchie in eine bezahlte Stelle sozusagen „versüßt“ wurde. An einer einfachen Maßzahl — dem Verhältnis von Privatdozenten zu Ordinarien — läßt sich dieses Postenkarussell verdeutlichen: Kamen 1899 an der Juridischen Fakultät der Universität Wien auf einen Dozenten nur 0,8 Ordinariate, stieg dieser Wert in Prag und Graz auf 6,5 an, und in Innsbruck und Czernowitz gab es nur noch Ordinarien. (Zum Vergleich die Werte für alle Fakultäten aller deutschsprachigen Universitäten der Monarchie: Wien 0,8, Prag 2,8, Graz 3,0, Innsbruck 4,9 und Czernowitz 16,5.) Die akademische Karriere begann also zumeist in Wien (1899 lehrten 24 Dozenten an der dortigen juristischen Fakultät) und konnte über den Aufstieg an der einen oder anderen Provinzuniversität wieder zum Ausgangspunkt Wien zurückführen. Dieses System funktionierte, weil die Relation Dozenten — Ordinarien insgesamt zugunsten der ersteren deutlich positiv war: 1:2,4 an

den juristischen Fakultäten, 1:1,6 an allen Fakultäten). Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges verschlechterte sich diese Relation nur unwesentlich: 1914 kommen in Wien 0,6 Ordinariate auf einen Dozenten (zum Vergleich der Wert für die gesamte Universität: 0,5), es folgen Prag mit 3,75 (bzw. 1,3 für die ganze Universität), Graz mit 4,6 (bzw. 1,8). Innsbruck und Czernowitz sind wiederum faktisch dozentenfrei (die Vergleichswerte für die ganze Universität sind: Innsbruck 3,8 und Czernowitz 10,6).⁷

Bedauerlicherweise fehlen für die folgenden zwei Jahrzehnte entsprechende Angaben in den publizierten Statistiken, sodaß wir einen Sprung zum Ende der demokratischen Phase der Ersten Republik machen müssen, um die Entwicklung zu illustrieren. 1932/33 hat sich die Relation Dozenten zu Ordinarien an den drei verbliebenen Universitäten ins Negative verkehrt:

	Juridische Fakultät	alle Fakultäten
Wien	0,6	0,4
Graz	2,0	1,3
Innsbruck	2,2	1,8
insgesamt	0,9	0,7

Zum Ende der demokratischen Phase der Ersten Republik bestand also für Dozenten keine reelle Chance mehr, künftig Ordinariate besetzen zu können. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Untersuchung der Emigration aus politischen Gründen eine denkwürdige Färbung, bedeutet diese Marktlage doch, daß im hypothetischen Fall des Nichtauftretens von Emigrationsgründen und -zwängen, wie sie im Gefolge der beiden Faschismen gegeben waren, der wissenschaftliche Nachwuchs, der realiter emigrierte, in Österreich keine Etablierungschancen besessen hätte. Im speziellen Fall der Soziologie kommt noch dazu, daß — wie noch zu zeigen sein wird — fast keiner jener, die in der Emigration zu Soziologen wurden, vorher in Österreich eine entsprechende akademische Tätigkeit ausgeübt hat. Was wiederum für den hypothetisch anzunehmenden Fall des Nichtauftretens von (universitätsexternen) Emigrationszwängen den Schluß nahelegt, daß diejenigen, die sich in der Emigration der Soziologie zuwandten, das in Österreich nicht gekonnt hätten. Aber damit greife ich den weiteren Ausführungen voraus.

Die Gründe für die degressive Entwicklung des akademischen Marktes der Ersten Republik liegen auf der Hand: Im Übergang von der Monarchie zur Republik nahm die Zahl aller Universitätslehrer von 2254 (1913/14) auf 1206 (1917/18) ab. In den folgenden Jahren übernahm die österreichische Republik die sich zu Deutschösterreich bekennenden Universitätsprofessoren

(beispielsweise fast alle früheren Angehörigen der Universität Czernowitz) in den österreichischen Staatsdienst (und pensionierte sie mangels Betätigungsmöglichkeit meistens). Der Beamtenabbau, der auch Ordinarien treffen konnte, und die Sparpolitik praktisch aller Regierungen der Ersten Republik hatten eine Stagnation der Universitätslehrerzahl zur Folge.

Zwei weitere Faktoren kamen noch dazu: eine Überalterung der Institution Universität und eine geringe Abwanderung von Ordinarien ins Ausland. Am Beispiel der Wiener Juridischen Fakultät kann das verdeutlicht werden: Die Ordinarien des Jahres 1918 waren durchschnittlich 57 Jahre alt, sie waren seit 14 Jahren an dieser Fakultät als ordentliche Professoren tätig, und ihr ordentliches Emeritierungsalter hätten sie durchschnittlich im Jahr 1931 erreicht. Tatsächlich wurden die Positionen früher — durchschnittlich 1927 — frei, allerdings nur in einem Fall durch Berufung an eine andere Universität.

Das Bild des Entwicklungsstandes der Soziologie wäre unvollständig gezeichnet, würde man die universitäre Lehre übergehen. In den Studienvorschriften der Monarchie schien Soziologie nicht auf, und in der Ersten Republik fristete sie als Wechselbalg „Gesellschaftslehre“ ein Kümmerdasein: im rechtswissenschaftlichen Studium wurde erst 1945 eine Pflichtvorlesung verankert; im staatswissenschaftlichen Studium war „Gesellschaftslehre“ ab 1926 Prüfungsgegenstand des zweiten Rigorosums und konnte, wie übrigens auch an jenen Philosophischen Fakultäten, an denen Soziologie durch einen Ordinarius vertreten wurde, als Dissertationsfach gewählt werden. Die faktische Unmöglichkeit, Soziologie zu studieren, hatte nicht nur zur Folge, daß bis in die 70er Jahre hinein als Soziologen ausgebildete Universitätsabsolventen fehlten, sie behinderte auch jene, die literarisch an der Entwicklung der Soziologie anteil hatten, dieses Wissen in der Lehre zu vermitteln.

Diese Verhältnisse treten auch deutlich hervor, wenn man die personelle Seite der Sozialwissenschaften in der Ersten Republik betrachtet. An der Wiener Universität wird 1918/19 die Nationalökonomie von einem Emeritus, einem Ordinarius, einem Honorarprofessor, einem Titularordinarius, sechs Titularextraordinarien und einem Privatdozenten gelehrt; Graz weist einen und Innsbruck zwei Ordinarien der Nationalökonomie auf.

Soziologische Lehrveranstaltungen bieten in diesem Studienjahr Edmund Bernatzik und an der Theologischen Fakultät Ignaz Seipel an. In Graz liest ein a.o. Professor neben Statistik und Finanzrecht auch Soziologie, und der Philosoph Hugo Spitzer bemüht sich um eine „philosophische Soziologie“.

Während der Jahre der Ersten Republik ändert sich nur an der Juridischen Fakultät in Wien das soziologische Lehrangebot, an den anderen Universitäten wird Soziologie nebenbei vor allem von Nationalökonomien und — in Graz — von Philosophen vorgetragen. In Wien residiert ab 1919 Othmar

Spann (auch er zugleich Ordinarius für Nationalökonomie und Gesellschaftslehre) und scharf in den folgenden Jahren eine treue Anhängerschaft um sich: Jakob Baxa, Wilhelm Andrae, Johann Sauter, Eric Voegelin, Hermann Roeder und August Maria Knoll.⁸ Neben diesen Anhängern des Spannschen Universalismus steht der einzige Austromarxist, der an einer österreichischen Universität lehren durfte, Max Adler, als Titular-Extraordinarius auf verlorenem Posten.⁹ Welche Gesellschaftslehre zu dieser Zeit an der Wiener Universität gelehrt wurde, kann man folgender Aufstellung von Titeln der zwischen 1925 und 1935 abgehaltenen Vorlesungen entnehmen:

- Othmar Spann: Gesellschaftslehre
Soziologische Kategorienlehre
Geschichte und System der Sozialphilosophie
Geschichte und Kritik des Sozialismus
Strittige Fragen der universalistischen Gesellschaftslehre und Gesellschaftsphilosophie
Hauptpunkte der universalistischen Staatssoziologie
Ideenlehre, Dialektik, Ganzheitslehre
- Max Adler: Theorie der materialistischen Geschichtsauffassung
Sozialphilosophie und Gesellschaftslehre seit Herder und Feuerbach
Die Staatslehre des Marxismus
Geschichte des Sozialismus seit 1848
Geschichte der Sozialpolitik
Grundbegriffe der Soziologie
Geschichte und Kritik des Bolschewismus
Grundprobleme der marxistischen Gesellschaftslehre (Naturalismus, Universalismus, Gesetzmäßigkeit, Entwicklung)
Soziologische Gedanken in der griechischen Philosophie
Die politischen Probleme des Marxismus
Soziologie und Psychologie
Erkenntniskritische Grundlegung der Soziologie
- Jakob Baxa: Die Sozialkritik Adam Müllers
Die Geschichte der Demagogie im alten Rom
Die Gesellschaftslehre des deutschen Klassizismus
Die Idee der Nation bei Friedrich List
Der Ursprung der sozialistischen Gesellschaftskritik in Deutschland

- Die historischen Grundlagen des italienischen Faschismus (sic!) und sein Verhältnis zur Antike und Renaissance
Die Krise der europäischen Demokratie und die Diktatur seit dem Weltkrieg
Gesellschaftslehre von Platon bis Friedrich Nietzsche
Der italienische Faschismus und sein europäisches Echo
- Wilhelm Andreae: Soziologie als wertende und wertfreie Wissenschaft
Soziologie der Organisation
Die soziologische Wendung in der neueren amerikanischen Nationalökonomie mit besonderer Berücksichtigung der institutionalistischen Schule
- Johann Sauter: Die modernen Schulen der Gesellschaftslehre und ihre methodologischen Grundlagen
Die soziologischen Grundlagen der modernen Rechtsphilosophie
Die moderne Rechtssoziologie
Die deutsche Sozialphilosophie seit Nietzsche
Die gegenwärtigen Aufgaben der Rechtsphilosophie
- Eric Voegelin: Verstehende und Kultursoziologie (Dilthey, Max Weber, Alfred Weber, Scheler)
Kant und Schiller
Soziologie der Herrschaftsbeziehungen seit dem 16. Jahrhundert
Die politischen Rassenlehren seit 1880
Reichsvolk und Staatsnation
- Hermann Roeder: Die Hauptströmungen der neueren Soziologie
Einführung in die neuere Soziologie
- August M. Knoll: Geschichte und Theorie der berufsständischen Ordnung

Wie leicht zu sehen ist, entzieht sich dieses Spektrum einer Einordnung in eine der gängigen Klassifikationen der Soziologie und ihrer Teildisziplinen. Soweit man von dem Titel der Vorlesungen auf deren Inhalt schließen kann, fällt immerhin auf, daß die Gesellschaftslehre, die an der Wiener Universität gelehrt wurde, ziemlich deutlich die politischen, sozialen und intellektuellen Verhältnisse der Zeit thematisiert; von einer Politik- und Praxisabstinenz wird also nicht gesprochen werden können, wie das beispielsweise Käsler für die Soziologie der Weimarer Republik meint konstatieren zu können.¹⁰ Was damals und heute international als Lehrgehalt der Soziologie angesehen wurde bzw. wird, fand in das Curriculum der Wiener Soziologie kaum Ein-

gang. Der Rechtsphilosoph Felix Kaufmann kündigte im Sommersemester 1933 eine rechtsphilosophische Übung „in Anknüpfung an Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft* und A. Schütz: *Der sinnhafte Aufbau der Welt*“ an, womit letztgenannter wenigstens auf diesem Weg Eingang in ein österreichisches Vorlesungsverzeichnis fand. Davon abgesehen ist das Spektrum der Vorlesungen auf sehr eindeutige Weise der damals herrschenden Lehrmeinung des Othmar Spann verpflichtet — und von Max Adlers Versuch gekennzeichnet, dem ein Gegengewicht entgegenzuhalten. Dies ist an den konträren Titeln der Vorlesungen erkennbar — obwohl man weiß, daß Adler weit weniger Resonanz fand als der Theoretiker des Ständestaates mit seinen autoritativen Verkündigungen.¹¹

Der Einfluß, den Repräsentanten anderer sozialwissenschaftlicher Fächer auf die Herausbildung der Soziologie nahmen, kann hier nicht genauer erörtert werden.¹² Als Orientierung sei immerhin erwähnt, daß die Nationalökonomien, die in der Ersten Republik lehrten, bedeutend mehr Affinität zur modernen Soziologie aufweisen als die universitären Fachvertreter; man denke nur an Friedrich Wieser, Friedrich August von Hayek, Ludwig von Mises, Oskar Morgenstern oder den bis 1921 in Graz lehrenden Joseph Schumpeter.

Auf die Bedeutung von Karl und Charlotte Bühler, insbesondere ihre Lehrerrolle für die Gruppe junger Sozialforscher um Paul Lazarsfeld und Marie Jahoda, braucht nicht detailliert eingegangen zu werden. Als Vorgeschichte der empirischen Sozialforschung wurde dieses Wirken mehrfach gewürdigt.¹³

Auch die Bedeutung des österreichischen Beitrags zur Wissenssoziologie wurde jüngst mehrfach dokumentiert.¹⁴ Erinnert man dann noch an die Bemühungen mancher Mitglieder des Wiener Kreises um eine Berücksichtigung sozialwissenschaftlicher Fragen innerhalb des Programms des logischen Positivismus,¹⁵ so entsteht eben jenes Bild, das häufig als das Typische des Geisteslebens der Wiener Zwischenkriegsperiode ausgegeben wird.¹⁶

Unter dem doppelten Blickwinkel — der langsamen Ausdifferenzierung des wissenschaftlichen Faches „Soziologie“ und der Vorgeschichte der Emigration von Soziologen und Sozialforschern aus Österreich — muß man den Lobeshymnen auf Kreativität, Innovationsfreudigkeit, Genialität — und wie die Etiketten sonst noch lauten mögen — kritisch entgegensetzen, daß das Typische an diesen Jahren darin zu sehen ist, daß sich wissenschaftliche Innovationen außerhalb der gemeinhin für zuständig gehaltenen Institution Universität entfalteten. Ministerialbürokratie und konservativ-klerikale Kräfte in der Universität verhinderten erfolgreich ein Eindringen von Exponenten dieser verschiedenen neuen Richtungen.

Es scheint, als wäre das institutionelle Medium, in dem sich diese neuen und heute weithin geachteten Schulen bildeten, private Zirkel oder (zumeist wohl informelle) Arbeitsgruppen innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bzw. der von Sozialdemokraten verwalteten Stadt Wien gewesen. Dem ersten Modell wären Ludwig von Mises' Privatseminar, die Kreise um Freud und Alfred Adler sowie der Wiener Kreis zuzurechnen. Weniger der Diskussion um die Formulierung neuer Theorien oder Denkhaltungen, sondern primär der Popularisierung von Zwischenergebnissen oder gar Resultaten waren wohl die Wiener Soziologische Gesellschaft und der neopositivistische „Verein Ernst Mach“ gewidmet, wobei erstere programmatisch weniger prononciert auftrat. Die Bedeutung der Sozialdemokratie für die Herausbildung neuer Facetten der Sozialwissenschaften lag in zweierlei: einmal bot sie bzw. die Stadt Wien jenen Arbeits- und damit Einkommensmöglichkeiten, denen eine universitäre Laufbahn verschlossen war. Neben der Bildungszentrale, den Volkshochschulen, sind hier insbesondere das von Otto Neurath geleitete Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, das von Käthe Leichter gegründete Frauenreferat der Wiener Arbeiterkammer, das Pädagogische Institut der Stadt Wien, dem Karl Bühler vorstand, und die verschiedenen Versuche einer sozialpädagogischen Umsetzung der Individualpsychologie zu nennen. Andererseits bildeten die zahlreichen, mehr oder weniger formalisierten Diskussionsrunden sozialdemokratischer Intellektueller einen geeigneten Boden für die Formulierung neuer Fragestellungen. Neben dem vorrangig von Ökonomen frequentierten Zirkel rund um Helene Bauer oder mehr politisch ausgerichteten Diskussionsrunden rund um Max Adler spielten die sozialdemokratischen Jugendorganisationen eine bedeutende Rolle. Zu erinnern ist hier an Paul Lazarsfelds Bericht, demzufolge die Marienthalstudie auf eine Anregung von Otto Bauer zurückgeht.¹⁷ Eine Sonderrolle spielten jene beiden außeruniversitären Forschungseinrichtungen, aus deren Mitarbeiterkreis nicht nur die meisten Emigranten, sondern auch die bekanntesten österreichischen Sozialwissenschaftler hervorgingen: das Österreichische Konjunkturforschungsinstitut, in welchem nicht nur die liberalen Ökonomen der Wiener Schule, sondern auch „Linke“ wie Alexander Gerschenkron arbeiteten, und die Wirtschaftspsychologische Forschungsstelle, die erste privat finanzierte Forschungseinrichtung dieser Art in Österreich.

Die auffallende Spaltung der österreichischen Sozialforschung in einen empiriefeindlichen, sozialphilosophischen Universitätszweig und einen von Parteilichkeit und Praxisorientierung gekennzeichneten außeruniversitären Forschungszweig trug wohl auch dazu bei, daß eine universitäre Etablierung des neuen Faches Soziologie ausblieb. Die „Spannianer“ waren desinteressiert

an einer im modernen westlichen Sinn verstandenen Soziologie, und diejenigen, die in außeruniversitären Nischen Sozialforschung und Sozialarbeit leisteten, waren für eine Institutionalisierung zu schwach — und gingen im Gefolge der Ausschaltung der Arbeiterbewegung ihrer Subsistenzmittel verlustig.

Die Fragilität nichtinstitutionalisierter Bemühungen um die Etablierung der Soziologie kann man am Beispiel der Grazer Situation verdeutlichen. Der schon erwähnte Ludwig Gumplowicz, der dort ab 1876 lehrte, aber erst 1893 ein Ordinariat für Verwaltungslehre erhielt, scheint trotz seines zurückhaltenden und die Wirkung in der breiteren Öffentlichkeit scheuenden Charakters unter seinen juristischen Schülern immerhin soviel Resonanz gefunden zu haben, daß sich einige 1908 entschlossen, eine Soziologische Gesellschaft mit Sitz in Graz zu gründen. Damit wurde die Absicht verfolgt, „das Verständnis für das Wesen und die Bedeutung der Soziologie und die Kenntnis und Erkenntnis soziologischer Tatsachen in streng wissenschaftlicher Weise zu fördern und zu verbreiten“. Von den in den Statuten genannten Zwecken, Vorträge, Kurse und Diskussionen abzuhalten, die Beziehungen zu bestehenden Körperschaften anzuknüpfen und Bestrebungen zur Errichtung von Lehrstühlen für Soziologie an den Hochschulen zu unterstützen sowie Spezialstudien und Veröffentlichungen anzuregen, scheinen nur zwei einigermaßen erfolgreich verfolgt worden zu sein: Vorträge und Publikationen. Als Pressure-group für eine universitäre Etablierung war dieser Honoratiorenverein offenbar zu wenig in der Universität verankert.¹⁸ Dagegen ist es durchaus beachtenswert, was dieser Gesellschaft dort gelang, wo das Resultat nur von eigener Anstrengung abhing: 1917 wurde eine Schriftenreihe, *Zeitfragen aus dem Gebiet der Soziologie*, gegründet, zu deren Autoren unter anderen Ferdinand Toennies, Karl Pribram und Joseph Schumpeter zählten. Schumpeter veröffentlichte in den *Zeitfragen* erstmals seine Studie über die Krise des Steuerstaates. An der Universität scheint er, wie sein 1909 verstorbener Fakultätskollege Gumplowicz, allerdings wenig Spuren hinterlassen zu haben. Er hielt vor 1918 (danach war er zwar noch nominell Professor, aber als zeitweiliger Finanzminister wohl nicht mehr allzu häufig in Graz) auch Lehrveranstaltungen zu Themen ab, die genuin soziologischer Natur waren — wie ein Kolleg über „Das Problem der sozialen Klassen“ im Sommersemester 1915 —, beklagte sich aber über das mangelnde Interesse und zu geringe Kenntnisse der Studenten: *Die Haupttätigkeit der Studierenden muß den die Studienzeit und das Prüfungsstudium beherrschenden juristischen Fächern gewidmet werden, nur wenige können das Seminar durch längere Zeit als zwei Semester besuchen, wobei im allgemeinen noch das eine vorübergeht, ehe die Anfangsschwierigkeiten überwunden sind.*¹⁹

Einige Mitglieder der Soziologischen Gesellschaft bemühten sich in ihrer

akademischen Lehre um die Soziologie. Rudolf Bischoff und Alfred Gürtler hielten mehrfach soziologische Konversatorien und Vorlesungen ab, an der Philosophischen Fakultät wirkte der Mitherausgeber der *Zeitfragen*, der Philosophieordinarius Hugo Spitzer, der ein eigenes „Seminar für philosophische Soziologie“ gründete, wobei er diese Namensgebung damit rechtfertigte, daß sie „zur Vermeidung von Mißverständnissen und zur Hintanhaltung von Rivalitäten der Juristen“²⁰ gewählt wurde. Die treibende Kraft der Grazer Soziologischen Gesellschaft war aber zweifellos der Hofrat der Finanzlandesdirektion Julius Bunzel. Dieser Privatgelehrte verfaßte die erste Geschichte der steirischen Arbeiterbewegung, verschiedene andere historische und sozialwissenschaftliche Abhandlungen und hatte die Schriftleitung der *Zeitfragen* inne. Seine Beförderung und Versetzung ins Finanzministerium nach Wien bedeutete aber auch das Ende der Grazer Soziologischen Gesellschaft, sie wurde 1935 aufgelöst.

Bedeutend schwächer war die Soziologie in Innsbruck repräsentiert: Nur der Nationalökonom Adolf Günther trat dort als Vertreter dieses Faches auf. Seine „Alpenländische Gesellschaft“²¹ weist ihn allerdings als jemanden aus, der zu Recht zu den Soziologen der Ersten Republik gezählt werden darf. Ein zeitweilig an der dortigen juristischen Fakultät bestehendes „Institut für Sozialforschung“ unter der Leitung des Staatsrechtlers Karl Lamp, scheint dagegen weniger produktiv gewesen zu sein.

Eine nicht gering zu veranschlagende Bedeutung für die Entwicklung und Institutionalisierung der Soziologie nimmt die Selbstdefinition potentieller Vertreter als „Soziologen“ ein. In dem Maße, in dem sich Wissenschaftler auch individuell als „Soziologen“ zu begreifen beginnen, tragen sie damit nicht nur zu einem in der (wissenschaftlichen) Öffentlichkeit entstehenden Bild von den Soziologen bei, sondern können auch als Vertreter dieses neuen Faches um entsprechende institutionelle Berücksichtigung kämpfen. Die auf Eigenangaben beruhende disziplinäre Zuordnung in einem Gelehrtenlexikon kann diesen Punkt gut illustrieren. In *Kürschners Deutschem Gelehrtenkalender* tritt die Soziologie in der Ausgabe von 1928/29 erstmals als eigene Disziplin auf. Die folgende Übersicht zeigt die Entwicklung des Anteils der Österreicher an den Soziologen, wobei zu berücksichtigen ist, daß es den Gelehrten freistand, sich mehreren Fachrichtungen zuzuordnen.²²

Ausgabe	1928/29	1931	1935	1940	1950
Gesamtzahl der Soziologen	115	136	170	53	42
Anteil der Österreicher in %	14	17	15	6	12

Berücksichtigt man die beiden Ausgaben der 30er Jahre für die Identifizierung der sich als Soziologen verstehenden österreichischen Gelehrten, ergibt sich folgende Verteilung:

	ordentliche Professoren	außerordentliche Professoren	Dozenten	Privatgelehrte
vorrangig der Soziologie zugeordnet	2	4	6	4
unter anderem der Soziologie zugeordnet	8	1	3	6

Die 16 Männer, die sich 1931 und bzw. oder 1935 als Soziologen definierten, sind:

- die o. P. Walter Heinrich und Friedrich Hertz,
- die ao. P. Max Adler, Jakob Baxa, Ludwig von Mises und Johannes Sauter,
- die Privatdozenten August Maria Knoll, Konstantin Radakovic, Hans Riehl, Hermann Roeder, Eric Voegelin und Hans Karl Freiherr von Zeßner-Spitzenberg,
- sowie die Privatgelehrten Rudolf Goldscheid, Oskar Katann, Friedrich Kleinwächter und Wilhelm Stok.

Die statushöheren und prominenteren unter den im *Kürschner* aufscheinenden Gelehrten, wie Othmar Spann, Adolf Günther, Josef Dobretsberger oder Hans Kelsen, nahmen für sich erst in zweiter Linie in Anspruch, Soziologen zu sein — falls sie sich dieser Disziplin überhaupt zurechneten. In der Retrospektive fällt besonders auf, daß die Namen derjenigen, die man wegen ihrer in dieser Zeit erschienenen Bücher zum Traditionsbestand der österreichischen Soziologie zu rechnen gewohnt ist, hier vollständig fehlen: Marie Jahoda, Felix Kaufmann, Paul Lazarsfeld, Käthe Leichter, Otto Neurath, Alfred Schütz und Edgar Zilsel. Sofern sie überhaupt Aufnahme fanden, ordneten sie sich selbst anderen Disziplinen zu; die meisten blieben allerdings generell unberücksichtigt.

Zusammenfassend kann die Besonderheit der Soziologie in Österreich darin gesehen werden, daß die Entwicklung weitgehend außerhalb der Universität erfolgte, daß das Fach vornehmlich von Jüngeren vertreten wurde und daß diejenigen, die sich literarisch um die Soziologie verdient gemacht hatten; sich meist nicht als Soziologen betrachteten. Als Vorgeschichte der Emigration ist diese Konstellation deshalb von Bedeutung, weil die als externer Zwang auf-

tretende Nötigung zur Emigration ein Fach bzw. seine Protagonisten traf, das sich noch kaum etabliert hatte, kein Selbstverständnis entwickeln konnte, und folglich die Vertreibung tiefere Spuren hinterließ als in manch anderem, gefestigterem Fach.

2. DIE EMIGRATION

Sieht man davon ab, daß schon in den Jahren, als keine direkte politisch verursachte Nötigung zum Verlassen des Landes bestand, zahlreiche Österreicher ins Ausland abwanderten, weil das universitäre System sozusagen einen Überschuß produzierte, setzte die Emigration aus Österreich im Gefolge der Niederwerfung der Arbeiterbewegung 1934 ein. Die Welle von Verhaftungen erfaßte auch Wissenschaftler. *Der damals schon schwerkranke einundsechzigjährige Max Adler war an den Kampfhandlungen nicht beteiligt gewesen und wurde dennoch als prominenter Sozialdemokrat am 17. Februar in Anhaltehaft genommen und erst am 2. März enthaftet. „Ausdrücklich wurde mir von der einvernehmenden Behörde gesagt, daß gegen mich nichts vorliegt und ich nur als ‚prominenter sozialistischer Schriftsteller‘ in Anhaltung genommen wurde.“*²³ Ähnliches wäre wohl auch Otto Neurath widerfahren. Da er sich während der Februarkämpfe zufällig im Ausland befand, entging er der Verhaftung; er emigrierte nach Holland und später — nach dem Überfall Deutschlands — nach Großbritannien.²⁴ Käthe Leichter und der junge kommunistische Aktivist Leo Stern verließen unmittelbar nach dem Ende der Kämpfe Wien; Leichter kehrte später unter falschem Namen nach Österreich zurück, wo sie nach dem Anschluß verhaftet und im Februar 1942 bei einer der ersten Vergasungsaktionen in der Nähe des Konzentrationslagers Ravensbrück ermordet wurde. Breitere Kreise der linken Intellektuellen wurden durch die Verbote der sozialdemokratischen Organisationen und die Säuberung in der Wiener Kommunalverwaltung betroffen. Korrekterweise muß man aber hinzufügen, daß einige öffentliche Institutionen nach der Übernahme durch ständestaatliche Kuratoren nicht alle Sozialdemokraten auf die Straße setzten.

Die Auswirkungen des Austrofaschismus auf das intellektuelle Leben in Österreich kann man wohl mit Recht als zweite Gegenreformation²⁵ kennzeichnen. Bei der Verfolgung oppositioneller Wissenschaftler verfuhr der Ständestaat dennoch unvergleichlich moderater als der nachfolgende Nationalsozialismus. Im Unterschied zu diesem erließ der Ständestaat keine Verordnung, die — wie im Fall des berüchtigten „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ — Kollektive ausgrenzte. Die österreichische

Repression zielte auf die Zerschlagung von Institutionen und die Verfolgung von Personen, denen „subversive“ Aktivitäten zur Last gelegt werden konnten. Vermittelt über das Fehlen von Möglichkeiten, einen Beruf auszuüben, über das autoritär-repressive Klima und die immer bedrohlicher erscheinende Gefahr einer Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, nahm der objektive Emigrationsdruck zu. Neben den schon genannten politisch Verfolgten ist auch Marie Jahoda zu nennen, die wegen illegaler Betätigung für die Revolutionären Sozialisten verhaftet und abgeurteilt wurde, um schließlich — nach ausländischen Interventionen — des Landes verwiesen zu werden.²⁶ Die meisten anderen Mitarbeiter der Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle verließen 1938 Österreich, als die größere der beiden Emigrationswellen das Land erfaßte und zum ersten Mal auch Universitätsangehörige, die während des Ständestaates unbehelligt geblieben waren, ins Ausland vertrieb. Manche jener, die schon Monate vor dem Anschluß ihre Übersiedlung ins Ausland in die Tat umsetzten, wie beispielsweise Eric Voegelin, waren nicht vom Ständestaat dazu gezwungen worden, sondern handelten präventiv.

Unmittelbar nach dem Anschluß wurden Entlassungen und Widerrufe der Habilitationen dann gleich listenweise exekutiert.²⁷

Von der nationalsozialistischen Säuberung wurden jüdische, linke, liberale und katholische Wissenschaftler getroffen, aber auch jener „Mohr“, der eine Zeitlang um die Position eines Nazi-Chefideologen gebuhlt hatte: Othmar Spann.²⁸ Gleich ihm wurden seine Schüler und Kollegen Jakob Baxa, August Maria Knoll, Hans Riehl und Konstantin Radakovic entlassen, von diesen emigrierte aber keiner.²⁹ Andere exponiertere Repräsentanten des politischen Katholizismus wie Josef Dobretsberger, Johannes Messner und Johann Mokre, verließen das Land. Ihre Universitätsstellen nahmen in den folgenden Jahren Nationalsozialisten ein.

Zur Illustration dieses Vorgangs sei ein Beispiel herausgegriffen: Am 14. April 1938 übermittelt der kommissarische Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Wien dem „österreichischen Unterrichtsministerium“ ein Schreiben, in welchem „die endgültigen Anträge betreffend die personellen Veränderungen im Lehrkörper“ überreicht werden. Einer, um dessen „Beurlaubung“ gebeten wird, ist der o. Professor der Philosophie und Vorstand des Psychologischen Instituts, Dr. Karl Bühler. Tags darauf wendet sich der kommissarische Dekan an einen Kollegen in Graz und teilt ihm „vorläufig noch vertraulich“ mit, daß seitens der Fakultät beantragt wurde, ihn mit der „kommissarischen Leitung des Instituts“ zu betrauen und ihn einzuladen, die „von Prof. Bühler im laufenden Semester angekündigten und begonnenen Vorlesungen und Übungen fortzuführen oder durch andere zu er-

setzen“. Am 20. April antwortet der Grazer Kollege und entschuldigt sich dafür, daß er „während der Ostertage nicht in Graz war“, folglich erst jetzt antworten könne. Nach der Beteuerung, welche Ehre und Auszeichnung das Vertrauen der Wiener Fakultät für ihn bedeute, kommt er zur inhaltlichen Seite: *Eine Fortsetzung der von Prof. Bühler angekündigten Kollegien kommt nicht in Betracht, da ich fürs erste nicht im Handumdrehen ein vierstündiges Kolleg ausarbeiten kann, und da ich, was wohl entscheidender ist, die Aufgabe der deutschen Psychologie im nationalsozialistischen Deutschland anders auffasse als Herr Bühler. Was ich hier (i. e. Graz, C. F.) in den letzten Jahren nur getarnt treiben konnte, anthropologische Ganzheitspsychologie, Rassenpsychologie usw., muß nun auch in Wien eine Pflege finden.*³⁰

Das Hervorstechende des weitestgehenden Austauschs von Universitätslehrern, nämlich die *Selbst-Gleichschaltung* der Universitäten, machte rasch erbrachte „Nachweise der arischen Abkunft“, schnell in die Wege geleitete Scheidungen von „Mischlingen 1. Grades“ oder ein der Tageszeitung übermitteltes „Bekanntnis zum Führer“ zu untauglichen Versuchen, der Entlassung entgegenzuwirken — auch dann, wenn der Autor ein Nobelpreisträger war.

Paradox ist das Resultat dieser Universitätsrevolution für die Soziologie. Während der NS-Zeit lehrten in Wien mehr und bedeutend Prominentere: Adolf Günther und Hermann Roeder an der Juridischen Fakultät, Arnold Gehlen und Gunther Ipsen an der Philosophischen, Franz Ronneberger an der Hochschule für Welthandel und Oskar Paul Hausmann an der Technischen und der Hochschule für Bodenkultur — sie zogen es allerdings zumeist vor, nicht Soziologie, sondern Volkslehre vorzutragen.

Am Beginn der Betrachtungen über jene, die in die Emigration gingen, muß auf einen Mangel des Folgenden aufmerksam gemacht werden: Beim derzeitigen Stand der Erforschung des Exils kann nur über jene einigermaßen Verlässliches gesagt werden, die in der Emigration akademisch Fuß fassen konnten. Man wird wohl zu Recht annehmen dürfen, daß dies einem anderen Teil nicht gelang.

Bei rund fünfzig Soziologen kann ihre Karriere auf Wurzeln in Österreich zurückverfolgt werden. Der geringste Teil — jene, die bisher namentlich genannt wurden — war vor 1938 in reputierlichen Positionen oder ist sonstwie zu den damals oder später Arrivierten zu zählen. Von den älteren, also jenen, die in Österreich zumindest das Studium beendet haben, gelang es nur einigen, im Exil (hier verstanden als jene Zeit, in der eine Rückkehr nach Österreich unmöglich war, also zwischen 1938 und 1945) dauerhaft und materiell abgesichert akademisch Fuß zu fassen: Josef Dobretsberger an den Universitäten von Istanbul und später Kairo, Paul Lazarsfeld an der Columbia University,

Eric Voegelin in Alabama, Peter F. Drucker in Vermont, Alfred Schütz an der New School for Social Research in New York, Bruno Bettelheim in Chicago und Adolf Sturmthal am City College in New York.

Der Mehrheit der Emigranten gelang es in den sieben Jahren nicht, permanente Stellen zu erreichen, was für die Jüngeren, die zumeist in den Immigrationsländern erst zu studieren begannen, nicht besonders tragisch gewesen sein dürfte, die Älteren unter den Emigranten aber vor große Probleme stellte, wie das Beispiel von Egon Bergel zeigt. Bergel, der als 44jähriger Rechtsanwalt Österreich verließ, in Harvard noch einmal studierte und 1942 den Grad eines Ph.D. erwarb, zog von einem kleinen College zum nächsten und war schließlich ab 1947 Soziologieprofessor am Springfield College, Massachusetts.³¹ In Briefen an Ernst Karl Winter berichtet er u. a.: *Durch mein Wanderleben sind fast alle meine Verbindungen unterbrochen und ich lebe recht isoliert. . . Aus wirtschaftlichen Gründen muß meine Frau auch arbeiten und ist als Fürsorgerin in New York beschäftigt. . . Ich selbst bin durch Zeitmangel und Publikationsschwierigkeiten am Schreiben behindert; immerhin habe ich vor kurzem meine Urban Sociology bei McGraw-Hill veröffentlicht und bin mit Plänen zu einer Untersuchung über „Cultural Symbiosis“ beschäftigt, doch ist es sehr unsicher, ob ich dafür einen Verleger finden werde.* Und in einem weiteren Brief an denselben Adressaten heißt es: *Auch ich würde gern wieder in Wien arbeiten, aber es ist offenbar kein Platz für mich.*³² Diese Briefe datieren aus den Jahren 1955 und 1956 und der Empfänger, Ernst Karl Winter, hatte sich schon zehn Jahre vorher vergeblich um seine Rückkehr bemüht. Einer Korrespondenz mit dem ersten Nachkriegskulturstadtrat von Wien, Viktor Matejka, kann entnommen werden, woran diese Bemühungen scheiterten: *Da ich, schreibt Winter, Professor für Soziologie an einer vollwertigen am. Universität gewesen bin, kann ich nicht mein Habilitationsgesuch für Soziologie gleichsam zur autoritativen Beschränkung meiner wissenschaftlichen Arbeit auf das mir „zukommende“ Gebiet. . . Wirtschaftsgeschichte verkürzen lassen. . . Nur wenn die Böotier an der Fakultät sehen, daß ich nicht in der Luft hänge, werden sie ihren Rückzug weiter fortsetzen.*³³

Ob auf seiten der Jüngeren unter den Emigranten eine realistischere Beurteilung der Remigrationschancen dafür ausschlaggebend war, daß sie — soweit zu sehen ist — eine Rückkehr gar nicht anstrebten, läßt sich pauschal wohl kaum beantworten; die von offizieller österreichischer Seite häufig unterstellten „sicheren materiellen Verhältnisse“,³⁴ welche die Emigranten nicht gegen die unsicheren Bedingungen in Österreich zu tauschen willens seien, scheinen hingegen eher den Projektionen österreichischer Ministerialbeamter entsprungen zu sein. Sieht man von einigen, wie beispielsweise Ernest Dichter, der sich erfolgreich als kommerzieller Motivforscher eta-

blieren konnte,³⁵ ab, dürfte bei der Mehrheit unmittelbar nach Kriegsende nicht die materielle Sicherheit den Ausschlag dafür gegeben haben, im Exil zu bleiben. Vier andere Gründe lassen sich identifizieren, die beigetragen haben dürften, eine eventuell vorhandene Remigrationsneigung gerade bei den Jüngeren nicht allzu stark werden zu lassen:

- An erster Stelle ist — handelt es sich doch mehrheitlich um jüdische Emigranten — der Antisemitismus zu nennen und die Erinnerung an die entwürdigenden Erfahrungen während der 30er Jahre, als es zum Beispiel an der Wiener Universität regelmäßig zu antijüdischen Ausschreitungen kam.³⁶
- Das Studium in den Exilländern, mit seiner wissenschaftssozialisierenden und kulturintegrativen Wirkung, und der Militärdienst, der Bindungen an das Aufnahmeland wohl intensiviert haben dürfte.
- Die Stellung im Lebenszyklus: Eheschließungen mit Ortsansässigen und Kinder, denen die „fremde“ Kultur zur eigenen geworden ist.
- Mit letzterem in Zusammenhang stehend, eine bei den Jüngeren wohl generell geringere Bindung an das verlassene Land, die sich auch darin ausdrückte, daß sie ja nichts „zurückgelassen“ hatten, also nicht einmal hoffen durften, eine verlorene Position einnehmen zu können.

Einige Indizien sprechen für die Richtigkeit dieser Vermutungen. In den verschiedenen Dokumenten der zahlreichen politischen und kulturellen Exilorganisationen finden sich keine Hinweise auf eine Beteiligung der Jüngeren, sieht man von wenigen kommunistischen Aktivisten ab. Die den Revolutionären Sozialisten nahestehenden Wissenschaftler scheinen einen ähnlichen Prozeß wie Joseph Buttinger durchgemacht zu haben, den dieser als Beseitigung „gewisser Denkhemmungen geschulter Marxisten“ bezeichnete.³⁷

Einen weiteren Hinweis enthalten die wissenschaftlichen Veröffentlichungen dieses Personenkreises. Da die Menge dessen, was hier zu prüfen wäre, meine Kapazität (vorläufig) übersteigt, möchte ich den Eindruck als Vermutung äußern: Mir scheint, daß — während die Älteren durchaus eine Kontinuität ihres literarischen Schaffens kennzeichnet — die Jüngeren, da sie ja zumeist vor der Emigration nicht publiziert haben, von Beginn an ihre Publikationstätigkeit stärker an den Relevanzgesichtspunkten der sozialwissenschaftlichen Diskussion der Niederlassungsländer orientierten. Es kann wohl auch nicht ausgeschlossen werden, daß Wirkungen der Auftragsforschung und des Systems der Forschungsförderung eine steuernde Rolle besaßen. Die „Diskontinuität“ zeigt sich beispielsweise auch bei jenen, die vor der Emigration politisch aktiv waren, wie etwa Peter M. Blau oder Paul Neurath.³⁸

Die kleine Gruppe der Remigranten setzt sich aus Angehörigen folgender Richtungen zusammen:

- Universitätslehrer, die vor 1938 eine beamtete Stelle innehatten: unter diesen vornehmlich solche aus dem katholischen Lager, wie Dobretsberger und Mokre,
- kommunistische Aktivisten, wie Albert Fuchs, Walter Hollitscher, Leo Stern,
- relativ spät einige wenige linkssozialistische Sozialwissenschaftler (Adolf Kozlik, Eduard März, Maria Szecei).

Die Rückkehrer machten insgesamt nicht einmal ein Zehntel jener aus, die in den 30er Jahren das Land verlassen mußten. Während bislang auf mögliche Gründe der Unwilligkeit zur Rückkehr eingegangen wurde, möchte ich im abschließenden Teil auf die „Unmöglichkeit“, zurückzukehren, zu sprechen kommen.

3. DIE UNTERBLIEBENE RÜCKHOLUNG

Über die Gründe der im Vergleich zur Remigration nach Deutschland geringeren Rückwanderungsrate wurden bislang gelegentlich Vermutungen geäußert; Emigranten formulieren sehr zurückhaltend, wenn sie direkt darauf angesprochen werden, und bekannt ist schließlich, daß Viktor Matejka als erster Wiener Kulturstadtrat schon sehr früh Anstrengungen unternahm, Emigranten nach Österreich zurückzuholen.³⁹

Die zentrale Rolle für die Rückholung von Wissenschaftlern kam aber dem Unterrichtsministerium zu; daneben haben wohl noch die Besatzungsmächte und die politischen Parteien einen Einfluß ausüben können.

Die folgende Darstellung basiert aber nur auf Akten des Unterrichtsministeriums (Hochschulektion) aus den Jahren 1945—1948.⁴⁰

Im März 1946 unterrichtet das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, das Unterrichtsministerium von der Absicht der Bundesregierung, die Botschaften in Paris, London, Moskau und Washington anzuweisen, *österreichischen Emigranten bei ihrem Bestreben, in die Heimat zurückzukehren, tatkräftige Hilfe zuteil werden zu lassen*, und ersucht das Unterrichtsministerium, ihm *eine Liste derjenigen Professoren und Gelehrten zu übermitteln, die derzeit noch in der Emigration leben, deren Rückkehr nach Österreich aber vom Standpunkt der praktischen Mitarbeit erwünscht wäre*.⁴¹ Dem Außenministerium scheint die Angelegenheit wichtig gewesen zu sein, da es nach einem Monat um „ehestmögliche Erledigung“ ersucht.⁴² Die Antwort des Unterrichtsministeriums fußt schließlich einzig auf einer Mitteilung des

Rektors der Wiener Universität, der folgende Namen bekanntgegeben hatte:

1. Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät:
 - o. Prof. Dr. Heinrich Mitteis, dzt. Rostock
 - o. Prof. Dr. Adolf Merkl, dzt. Tübingen
 - Privatdozent Willibald Plöchl, dzt. Katholische Universität Washington, USA
2. Medizinische Fakultät:
 - o. Prof. Dr. Richard Wasicky, dzt. Brasilien
3. Philosophische Fakultät:
 - o. Prof. Dr. Hermann Mark, dzt. USA
 - o. Prof. Dr. Felix Ehrenhaft, dzt. USA
 - o. Prof. Dr. Karl Bühler, dzt. USA
 - ao. Prof. Dr. Karl Pflibram, dzt. Brüssel
 - ao. Prof. Dr. Karl Menger, dzt. USA.⁴³

Von dieser Aufstellung streicht das Unterrichtsministerium Professor Wasicky und gibt die Liste an das Außenministerium weiter; auch der nächste Absatz des Briefes von Rektor Adamovich wird, mit nur wenig Änderungen, übernommen: *Eine große Zahl von Privatdozenten der Rechts- und Staatswissenschaftlichen und Philosophischen, vor allem aber der Medizinischen Fakultät Wien befindet sich überdies in den USA oder in Großbritannien. Ihre Rückkehr an ihre frühere Wirkungsstätte würde selbstverständlich begrüßt werden, der Antrag darauf müßte aber von ihnen selbst ausgehen. Lehrkanzeln (ordentliche oder außerordentliche Professuren) könnten ihnen selbstverständlich nur im Fall des Freiwerdens von Lehrkanzeln in Aussicht gestellt werden. ... Außerordentlich wünschenswert wäre die Rückberufung der beiden Nobel-Preisträger für Physik, Viktor Franz Hess (dzt. USA) und Erwin Schrödinger (dzt. Eires), die beide zuletzt der Universität Graz angehörten.*⁴⁴

Anfang Juli 1946 bedankt sich der Sektionschef der Hochschulsektion, Dr. Otto Skrbensky, beim Chef der Erziehungsabteilung der US-Armee in Österreich, Thomas E. Brenner, für eine ihm einen Monat vorher übersandte Liste ehemaliger österreichischer Hochschullehrer und betont den besonderen Wert derselben, nenne sie doch Persönlichkeiten, mit denen das Unterrichtsministerium bislang keine Verbindung hatte. Aufschlußreich an diesem Brief ist, was nicht in ihm steht! Im Konzept enthält er zusätzlich folgende Passage:

Allgemein möchte ich beifügen, daß es eine Reihe von Professoren gibt, die bis 1938 an österreichischen Hochschulen Lehrstühle (Ordinarie oder Extraordinarie) innehatten und deren Stellung wir reserviert halten. Wir haben erwartet, daß sie sich nach der sicherlich auch im Auslande bekanntgewordenen

*Wiederherstellung der österreichischen Hochschulordnung von selbst melden und für die Wiederaufnahme ihrer durch die Nazi unterbrochenen Lehrtätigkeit in Österreich interessieren würden. Dies geschah jedoch nur in vereinzelt Fällen, darunter leider auch in solchen, in denen nach den österreichischen gesetzlichen Bestimmungen wegen Überschreitung der Altersgrenze mittlerweile die Möglichkeit einer Fortsetzung der Lehrtätigkeit weggefallen ist. Anscheinend erwartet die Mehrzahl der in Frage kommenden Wissenschaftler eine förmliche individuelle Einladung unsererseits, die jedoch vor allem auf die Schwierigkeit stößt, vor Verabschiedung des im Nationalrat in Behandlung stehenden Gehaltsgesetzes irgendwelche genauere und verbindlichere Zusagen in materieller Hinsicht nicht geben zu können, ohne die andererseits eine Korrespondenz mit den Einzuladenden von vorneherein zumeist aussichtslos sein dürfte, da niemand geneigt sein wird, gesicherte und zufriedenstellende Positionen im Ausland gegen noch vollkommen unzulängliche und unverbindliche Zusicherungen von österreichischer Seite einzutauschen. Ich bitte Sie jedoch, jedenfalls versichert zu sein, daß die österreichische Unterrichtsverwaltung jede Möglichkeit einer Rückgewinnung emigrierter Forscher und Lehrer mit aller Aufmerksamkeit und mit dem besten Willen zur Wiedergutmachung und Hebung des Hochschulniveaus verfolgen wird.*⁴⁵

Der beste Wille, der hier dem Besatzungsoffizier in Aussicht gestellt wurde, erfuhr schon bald eine ernsthafte Prüfung. Die Emigranten warteten nicht auf die förmliche Einladung, sondern meldeten sich selbst, mit Vorschlägen, die zum Erstaunen des Unterrichtsministeriums über das bisher hier Durchgeführte hinausgehen, z. B. in der Frage der Rückberufung von nicht hochschulgebundenen Wissenschaftlern Amerikas, weiter hinsichtlich der grundsätzlichen Außerkraftsetzung aller während der Nazizeit erworbenen akademischen Grade, Überprüfung, ob die Voraussetzung dafür ordnungsgemäß erworben wurde.⁴⁶

In Schreiben an den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler und den Unterrichtsminister übersandte eine „Austrian University League of America“, eine Gruppe katholisch-konservativer Professoren,⁴⁷ ein „Memorandum on the Reconstruction of Austrian Universities“, in welchem jene Vorschläge enthalten waren, die das Unterrichtsministerium beunruhigten. Das 16seitige Memorandum enthält in der Tat einige Forderungen, deren Realisierung das Universitätsgeschehen in Österreich tiefgreifend verändert hätten. Und das, obwohl die Autoren hinsichtlich der Universitätsorganisation (Fakultäten, Dekane, Rektor, Habilitation etc.) keine Änderungen für nötig hielten, weil sie von „demokratischem Geist“ gekennzeichnet sei. Unkonzilient ist das Memorandum beim Problem „der Säuberung der Universitäten von nationalsozialistischen Elementen“: Alle Lehrkräfte sollten vorläufig vom aktiven

Dienst suspendiert werden, bis eine Kommission, bestehend aus einem vorsitzenden Beamten und beisitzenden Professoren (aus dem Kreis jener, die von den Deutschen entlassen wurden oder ins Exil gehen mußten, rekrutiert) über ihre Wiedereinstellung entschieden hätte. Zentrale Aufgabe dieser Kommission sei die Rekonstruktion des Lehrkörpers, danach sollte sie Vorschriften über die Zulassung von Studenten ausarbeiten und schließlich die Bibliotheken, Laboratorien und wissenschaftlichen Sammlungen prüfen. Die Autoren zählen schließlich jene Gruppen auf, aus denen ihres Erachtens die künftigen Lehrkräfte gewonnen werden könnten:

1. *Professoren, Privatdozenten und Universitätsassistenten, die von den Deutschen entlassen wurden, aber Österreich nicht verlassen haben;*
2. *solche, die von den Deutschen im Dienst belassen wurden, aber deren untadeliges Verhalten ohne jeden Zweifel festgestellt wurde;*
3. *emeritierte Professoren, die als Notmaßnahme reaktiviert werden könnten;*
4. *frühere Lehrkräfte, die während der deutschen Okkupation emigrierten. Rückkehrwilligen sollten die österreichische Regierung und die Regierung der Niederlassungsländer jede Hilfe angedeihen lassen;*
5. *österreichische Gelehrte und Wissenschaftler, die keine Universitätslehrer waren, könnten aufgrund ihrer wissenschaftlichen Leistungen zu Professoren, Dozenten oder zeitweilig Assistenten ernannt werden, falls sie in keine Naziaktivitäten verstrickt waren und ihr Verhalten während der Okkupation untadelig war;*
6. *österreichische Gelehrte und Wissenschaftler, die vor 1938 in Österreich keine Universitätslehrer waren, aber während der Emigration in anderen Ländern geforscht oder gelehrt hatten, und*
7. *ausländische Gelehrte und Wissenschaftler, die bereit wären, ständig oder als Gastprofessoren in Österreich zu wirken.*

Die Verfasser des Memorandums betonen schließlich, daß nicht nur „aktive Nazis“, sondern auch jene dauerhaft zu entlassen seien, die seit der Machtergreifung Hitlers freiwillig die Anschlußideologie unterstützt hatten, was auch für Exilierte zu überprüfen wäre. Das Wiedererwachen pan-germanischer Tendenzen an den Universitäten würde den inneren Frieden gefährden und müsse auf jeden Fall verhindert werden.⁴⁸

Bekanntlich nahm die österreichische Universitätsentwicklung einen anderen als den in diesem Memorandum skizzierten Verlauf. Auch wird man trotz der Detailliertheit des Planes und entgegen der Versicherung der Autoren, die Schwierigkeiten seien „nicht unüberwindbar“, auf einige Fehlannahmen hinweisen müssen, welche die Realisierungschancen von vorneherein verkleinerten. Die grundlegende Konzeption des Memorandums, von

deutschen Besatzern und österreichischen Kollaborateuren zu sprechen, die einen Rest von Nicht-Nazis unterdrückten, scheint für sich schon sehr zweifelhaft — auf dieser Fehlannahme die Rekonstruktion der Universitäten personell aufbauen zu wollen, indem aus dem Kreis der Nicht-Diskreditierten Funktionäre gewonnen werden, ist wohl ziemlich naiv, übersieht es doch, daß jene die dafür Ungeeignetsten waren. Obwohl das Memorandum — sehr im Gegensatz zur Unterrichtsverwaltung — die „unteren Chargen“ der Universität in seine Überlegungen einbezieht, scheint auch die implizite Hoffnung, aus dem Kreis der Jüngeren unbelastete Lehrkräfte rekrutieren zu können, unrealistisch. Auf der einen Seite zeichnet das Memorandum ein klares Verständnis für Organisationspsychologie aus, wenn es fordert, erst alle zu entlassen und dann darüber zu entscheiden, wer wieder aufgenommen wird, doch können die Autoren auf der praktischen Seite keine gangbaren Wege aufzeigen; vielleicht wäre dieses Entnazifizierungsmodell bei den Universitäten noch praktikabel gewesen, verallgemeinerbar war es jedenfalls nicht, und angesichts aller anderer Widrigkeiten dieser Jahre war mit einem exemplarischen Experiment nicht zu rechnen.⁴⁹

In einem, nicht dem unwichtigsten, Punkt war die Austrian University League of America gegen mögliche Einwände gewappnet: Sie legte dem Memorandum eine Liste von ihrer Auffassung nach geeigneten Wissenschaftlern bei, die allein für den Bereich der Medizinischen und Philosophischen Fakultät über 400 Namen umfaßt, was angesichts des Umstandes, daß es 1937/38 an diesen beiden Fakultäten 231 Professoren (bei insgesamt 1263 Lehrkräften) und 1945/46 146 Professoren (bei 624 Lehrkräften) gab, für eine tiefgreifende personelle Veränderung ausgereicht hätte.⁵⁰ Um zu illustrieren, was aus Österreichs Universitäten in einem unwahrscheinlichen, aber nicht unmöglichen Moment historischer Umwälzung hätte werden können, führe ich einige Namen aus dem weiteren Bereich der Sozialwissenschaften an:

Kunstgeschichte: Ernst Gombrich, Walter Ernst Kris

Geschichte: Friedrich Engel-Janosi, Viktor Matejka

Mathematik: Karl Menger

Philosophie: Karl Popper, Rose Rand, Friedrich Waismann

Psychologie: Karl Bühler, Hans Herma, Julius Klanfer, Lydia Sicher, Gertrude Wagner, Friedrich Weiss, Katharina Wolf

Aus den Schriftstücken, die diesem Akt beiliegen, geht nicht hervor, ob die Universitätsliga mit den Angeführten Rücksprache gehalten oder sich sonstwie dahingehend versichert hat, daß die Zitierten auch willens wären, nach Österreich zurückzukehren. Da nicht nur die Namen, sondern neben dem Geburtsjahr auch noch die letzte österreichische Position, das derzeitige Aufent-

haltsland und die fachliche Spezifikation angeführt wurden, müssen immerhin intensive Recherchen durchgeführt worden sein. Ein Licht auf die Frage der Rückkehrwilligkeit der Angeführten wirft die Tatsache, daß durchwegs nur jene aufscheinen, die in den Niederlassungsländern keine sicheren Positionen besaßen oder von denen eine Rückkehrwilligkeit aus anderen Umständen anzunehmen war.⁵¹

Eine andere Liste, die von demselben amerikanischen Offizier dem Rektor der Universität Wien übergeben wurde, enthält auch Namen und Adressen von Ökonomen, Juristen und Soziologen, darunter Adolf Kozlik und Oskar Morgenstern, Robert Kann und Felix Kaufmann. Als Soziologen werden angeführt: Joseph H. Furth, Robert Heine-Geldern, Erich Hula, Bruno Schönfeld, Alfred Schütz, Eric Voegelin, Ernst Karl Winter.⁵²

Die Politik des Unterrichtsministeriums blieb von diesem Offert unberührt und folgte anderen Prämissen. Im allgemeinen wurde die Entnazifizierung den Universitäten bzw. den dort eingesetzten Sonderkommissionen überlassen. Resultat dieser Vorgangsweise war, daß beispielsweise im Februar 1946 „nur“ 47 Prozent der ordentlichen und außerordentlichen Professoren aller Wiener Hochschulen entlassen, entfernt oder pensioniert worden waren.⁵³ Unter jenen, die die Universitäten für tragbar hielten, befanden sich zahlreiche NSDAP-Mitglieder, Parteianwärter oder — im Sinne des Memorandums — freiwillige Unterstützer des Anschlußgedankens.⁵⁴ Der Optik der Entnazifizierung kam eine gesetzliche Verpflichtung zugute, die forderte, daß „Reichsdeutsche“ aufgrund des Behördenüberleitungsgesetzes automatisch zu entlassen waren. Auf diesem Weg wurde man Arnold Gehlen und Gunther Ipsen los, nicht aber die ehemaligen Österreicher, die als prononcierte Nationalsozialisten nach 1938 aus dem Reich nach Österreich übersiedelt waren.⁵⁵

Gegenüber den fallweise anfragenden und mahnenden Besatzungsbehörden — wobei nur die Amerikaner und selten die Briten aktiv wurden — bemühte sich das Unterrichtsministerium um eine günstige Darstellung der österreichischen Aktivitäten. Am 10. September 1947 richtet die amerikanische „Education Division“ an den Sektionschef eine wenig diplomatisch formulierte Demarche: *Es wurde bemerkt, daß 83 Lehrkanzeln frei sind und daß Personen ernannt oder vorgeschlagen wurden, um 47 dieser freien Lehrkanzeln zu besetzen. Jedoch war keine Information vorgelegt, welche bezeugt, daß die genannten Personen politisch einwandfrei sind. Als Präsident des Komitees der Universitäten habe ich Instruktionen von der Education Division bekommen, zu verlangen, daß Sie diesem Komitee sobald als möglich alle Informationen über die genannten Personen, die in Ihrem Besitze sind und die politische Qualifikation aufzeigen, unterbreiten.*⁵⁶

Daraufhin ließ sich der Sektionschef eine Aufstellung über die aktuell freien Lehrkanzeln zusammenstellen, aus der unter anderem auch hervorgeht, daß die seit einem Jahr vorliegende Liste der „Universitätsliga“ praktisch ungenutzt blieb. Skrbensky antwortet schließlich dahingehend, daß neun (!) der für diese freien Stellen vorgesehenen Emigranten seien und einer ein politisch Verfolgter wäre; der Schönheitsfehler, daß der dort auch genannte Nobelpreisträger Viktor Hess nie und Friedrich Engel-Janosi erst nach seiner in den USA erfolgten Emeritierung zurückkehrte, sei am Rande vermerkt.

Der allgemeine Eindruck, daß weder die Universitäten noch das Unterrichtsministerium um die Heimkehr der Emigranten großes und wenn, dann selektives Bemühen an den Tag legten, soll abschließend an zwei sehr konträren Beispielen illustriert werden.

Der erste Fall betrifft den vormaligen Privatdozenten für Kirchenrecht, Willibald M. Plöchl. Mit Schreiben vom 5. März 1946 wendet er sich an das Dekanat der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien und ersucht, „meinen Rechtsanspruch auf meine Venia legendi zu sichern und mich für eine allfällige Wiedereinstellung in günstige Erwägung zu ziehen“. Postwendend richtet das angeschriebene Dekanat an das Unterrichtsministerium ein Schreiben, in dem es heißt: *Da Dr. Plöchl in wissenschaftlicher und persönlicher Hinsicht von der Fakultät in hohem Maße geschätzt wird, bittet der unterzeichnete Dekan, dem Ansuchen des Dr. Plöchl umso mehr stattzugeben, als seine Lehrtätigkeit an hiesiger Fakultät sehr erwünscht ist und Dr. Plöchl nicht nur durch den Nationalsozialismus schwer geschädigt wurde, sondern auch von jeher als scharfer Gegner des Nationalsozialismus bekannt ist.*

Das Unterrichtsministerium bestätigt im Mai 1946 und richtet zugleich an die Grazer Juridische Fakultät ein Schreiben, in welchem Plöchl für die dort vakante Lehrkanzel für Kirchenrecht offeriert wird.⁵⁷ Die Grazer Fakultät scheint über dieses Ansinnen nicht recht froh gewesen zu sein und wartet 21 Monate mit der Antwort, in welcher mitgeteilt wurde, daß man *in der Zwischenzeit in Dr. Heinrich Brandweiner eine junge, tüchtige und vielversprechende Kraft gefunden (hat), die seit dem Wintersemester 1946/47 die Lehrkanzel mit schönem Erfolg suppliert und die bei entsprechenden literarischen Leistungen auch befähigt wäre, die Lehrkanzel ständig zu übernehmen.*⁵⁸ Plöchl, der im November 1947 aus dem amerikanischen Exil zurückgekehrt war, übernahm ab 1948 dann eine Lehrkanzel an der Universität Wien.

Plöchl, in den USA in der konservativ-legitimistischen Exilgruppe um Hans Rott und Otto Habsburg aktiv, steht hier stellvertretend für die katholischen Remigranten, die nach 1945 in Österreich immerhin noch Unter-

stützung fanden — und dennoch im „Nahkampf“ mit am Ort aktiven ehemaligen Nationalsozialisten den kürzeren zogen.

Der zweite Fall zeigt, welche Schwierigkeiten jene erlebten, die derartige Protegierung nicht erfuhren. Karl Bühler schrieb im April 1946 einen Brief an Hubert Rohrer und ersucht diesen, ihm einige Fragen zu beantworten: *Da ich kein klares Bild der Situation und der Verhältnisse in Österreich habe, möchte ich Ihnen folgendes vorschlagen. Erstens muß ich mich hier (i. e. USA, C. F.) mit dem Ministerium in Verbindung setzen, um herauszufinden, wie es bezüglich einer Reiseerlaubnis nach Europa ist. Zweitens möchte ich natürlich sehr gerne mehr wissen über die gesetzliche Regelung von Löhnen und Pensionen. Und drittens möchte ich die ganze Situation in Österreich mit meinen eigenen Augen sehen. Ich bin natürlich bestimmt daran interessiert, meine Stellung und meine Rechte geltend zu machen; ich würde, falls es das Ministerium erlaubt, sehr gerne nach Österreich kommen, auf der Basis eines Ein-Semester-Lehrvertrages, zum Zwecke weiteren Studien und Besprechungen über die ganze Situation. Ich bin sicher, daß im Hinblick auf die freundliche Einstellung, die Sie . . . einnehmen, eine zufriedenstellende Lösung der Probleme gefunden werden kann. Ich hoffe, daß dies möglich ist, ohne Sie in Ihrer neuen Stellung zu berühren. Würden Sie in der Zwischenzeit, bis ich die offizielle Antwort vom Ministerium erhalte, mich hinsichtlich der folgenden Fragen informieren: Wird die Universität bereit sein, meine Reise von Kalifornien nach Wien und möglicherweise zurück zu bezahlen? Wird die Universität mir die ausständigen Löhne für die Jahre nach meiner Entfernung 1938 nachzahlen?*⁵⁹

Am 3. Juni 1946 schreibt Sektionschef Dr. Skrbensky an Bühler folgenden Brief: *Sehr geehrter Herr Professor! Prof. Dr. Rohrer hat dem Bundesministerium für Unterricht Ihre Anschrift mitgeteilt und mir auch Einsicht in Ihr geschätztes Schreiben vom 25. April l. J. gewährt. Der Herr Bundesminister für Unterricht hat mich beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß er Ihre Rückkehr nach Österreich und damit die definitive Wiederaufnahme Ihrer Lehrtätigkeit an der von Ihnen 1938 innegehabten Lehrkanzel freudig begrüßen würde. Hinsichtlich der weiteren im erwähnten Schreiben gestellten Fragen muß ich Ihnen mitteilen, daß den von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft entfernten österreichischen Professoren die Zeit, in der Sie dem Dienststande nicht angehört haben, bei Ihrer Wiederanstellung für die Vorrückung in höhere Bezüge und die seinerzeitige Pensionsbemessung angerechnet wird. Eine Nachzahlung des während der nationalsozialistischen Okkupation ausständigen Gehaltes kann jedoch durch die österreichische Verwaltung nicht erfolgen, weil in dieser Hinsicht die Rechtsanschauung gilt, daß es sich um Ansprüche gegen das Deutsche Reich handelt. Die Wiedereinstellung in den Dienst setzt voraus, daß der betreffende Professor den von ihm zuletzt bekleideten Dienstposten antritt, der zu diesem Zwecke vorerst*

*freigehalten wird, und seinen Auslandsposten aufgibt. Ich bitte Sie hieraus zu entnehmen, daß eine bloß einsemestrige Lehrtätigkeit, die nach den geltenden Vorschriften nur in der Form einer Gastprofessur möglich wäre, nicht zu diesen Rechtsfolgen insbesondere hinsichtlich der seinerzeitigen Pensionsansprüche führen könnte. Auch wäre mangels einer internationalen Geltung unserer Schillingwährung dermalen auch ein Ersatz der Kosten Ihrer Hin- und Rückreise für eine einsemestrige Gastprofessur in Zahlungsmitteln, die im internationalen Verkehre Geltung haben, praktisch unmöglich. Ich bin verpflichtet, Sie, sehr geehrter Herr Professor, über diese dermalen bestehenden Schwierigkeiten nicht im Unklaren zu lassen, darf Sie aber bitten, überzeugt zu sein, daß Ihre Rückkehr in Ihre frühere Stellung von der gesamten österreichischen Wissenschaft mit der größten Freude begrüßt würde. Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung.*⁶⁰

Der freundliche Ton kann die Insensibilität des Sektionschefs für die Probleme des 68jährigen Emigranten nicht übertünchen. Skandalöser ist aber, daß Skrbensky offenkundig falsche Informationen an Bühler weitergab.

Erst drei Monate, nachdem er an Bühler schrieb, erkundigt sich Skrbensky beim Finanzministerium über die Regelung bei Besoldung, Pensionen und Übersiedlungskosten und erhält von dort eine Antwort, die der an Bühler übermittelten widerspricht: Das Finanzministerium teilt mit, daß jene, die vor 1938 in einem Dienstverhältnis standen, Anspruch auf Gebühren gemäß der Reisegebührenvorschrift hätten, und bei jenen, die kein früheres Dienstverhältnis nachweisen könnten, ein Beitrag zu den Übersiedlungskosten gegeben werden könnte, wenn der betreffende Hochschullehrer „anders nicht zu gewinnen wäre“.⁶¹

Auch hinsichtlich der zweiten von Bühler aufgeworfenen Frage, die nach einer vorläufigen Rückkehr, war Skrbenskys Antwort wenn schon nicht falsch, so doch unvollständig. Von amerikanischer Seite wurde dem Unterrichtsministerium ausdrücklich mitgeteilt, daß es Gastprofessuren von in den USA naturalisierten Österreichern unterstützen sollte, und aus einzelnen Fällen weiß man, daß andere Remigranten die erste Zeit als Gastprofessoren tätig waren. Man darf also vermuten, daß, entgegen der behaupteten Interessiertheit an einer Rückkehr Bühlers, das Gegenteil richtig war. Über die Folgen dieser und anderer Unterlassungen war sich Sektionschef Skrbensky allerdings klar. In dem Schreiben an das Finanzministerium heißt es: *Es würde für unser Land einen nicht wiedergutzumachenden Nachteil bedeuten, wenn diese durch den Nationalsozialismus von der Stätte ihres früheren Wirkens vertriebenen hochverdienten Wissenschaftler jetzt nicht für die Rückkehr in die Heimat gewonnen werden könnten und somit der österreichischen Wissenschaft dauernd verloren gehen würden.*⁶²

Es blieb nicht beim Konjunktiv.

Anmerkungen:

Dieser Aufsatz beruht auf der Auswertung verschiedenster Archivalien folgender Institutionen: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW), Wien; Personendokumentation des Projekts *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933* des Instituts für Zeitgeschichte, München, und Akten des Bundesministeriums für Unterricht, Archiv der Republik, Wien. Ich danke den Genannten für die Benutzungserlaubnis.

Für finanzielle Unterstützung danke ich der Steiermärkischen Landesregierung und dem Kulturamt der Stadt Graz.

- 1 Besonders deutlich bei: W. Huber, „Zur Geschichte der Wissenschaften“, in: E. Weinzierl/K. Skainik (Hrsg.), *Österreich 1918 – 1938*. Graz 1983, Bd. 2, 559-588. Aber auch die wenigen Arbeiten von Soziologen zur Geschichte des Faches sind von geistesgeschichtlichem Zuschnitt. L. Rosenmayr, „Vorgeschichte und Entwicklung der Soziologie in Österreich bis 1933“, in: W. Weber (Hrsg.), *Einheit und Vielfalt in den Sozialwissenschaften. Festschrift A. Mahr u. a. Wien 1966, 268-282, und R. Knoll u. a., „Der österreichische Beitrag zur Soziologie von der Jahrhundertwende bis 1938“*, in: R. M. Lepsius (Hrsg.), *Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945* (Sonderheft 23 der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*), Opladen 1981, 59-101.
- 2 Siehe Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes und Dokumentationsstelle für neuere österreichische Literatur (Hrsg.), *Österreicher im Exil 1934 bis 1945*. Wien 1977; von der Länderdokumentation des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes sind bislang drei Bände erschienen: *Frankreich, Belgien, und Österreicher im Spanischen Bürgerkrieg*.
- 3 Die meisten Darstellungen bauen auf einem Aufsatz von Lazarsfeld auf und übernehmen damit stillschweigend seine im Detail verzeichnende Position: so das sonst anregende Buch von H. Kern, *Empirische Sozialforschung*. München 1982. Siehe P. F. Lazarsfeld, „Eine Episode in der Geschichte der empirischen Sozialforschung“, in: T. Parsons u. a., *Soziologie – autobiographisch*. Stuttgart 1975, 147-225.
- 4 Besonders ärgerlich ist das im Fall von D. Käsler, *Die frühe deutsche Soziologie 1909 bis 1934 und ihre Entstehungsmilieus*. Opladen 1984, der den „Anschluß“ um 30 Jahre vorverlegt, obwohl er in seinen „Hypothesen“ doch gerade auch auf institutionelle Bedingungen einzugehen behauptet.
- 5 *Deutscher Universitätskalender*, Ausgabe 1900.
- 6 *Ebda.*
- 7 Eigene Berechnungen aus Daten folgender amtlicher Statistiken: *Österreichische Statistik*, Jg. 1900ff., *Österreichische Statistik*, Neue Folge, Bd. 17, Wien 1919, und *Statistisches Handbuch für die Republik Österreich*. Wien 1920ff.
- 8 Siehe dazu ausführlicher: Ch. Fleck, „Vertrieben und Vergessen. Ein Überblick über die aus Österreich emigrierten Soziologen“ (im Ersch. in dem in Anm. 12 genannten Sammelband von J. Langer), sowie zum soziologiegeschichtlichen Kontext: J. Torrence, „Die Entstehung der Soziologie in Österreich 1885–1935“, in: W. Lepenies (Hrsg.), *Geschichte der Soziologie*. Frankfurt 1981, Bd. 3, 443-495. Zu Spann ausführlich: K.-J. Siegfried, *Universalismus und Faschismus. Das Gesellschaftsbild Othmar Spanns*. Wien 1974, und der knappe Bericht in: D. Käsler (Hrsg.), *Soziologisches Abenteuer. Earle Edward Eubank besucht europäische Soziologen im Sommer 1934*. Opladen 1985, 114-120.
- 9 Über die Versuche der konservativen Professoren, den weiteren Aufstieg Adlers zu unterbinden, unterrichtet M. Siegert, „Warum Max Adler nicht Ordinarius wurde“, in: *Neues Forum*, 215, 1971, 30 ff.

- 10 Käsler, *Soziologisches Abenteuer*, a. a. O., 250 ff.
- 11 Joseph Simon berichtet in seinen Erinnerungen, daß Adler oft nur vor einem knappen Dutzend Hörern, „von denen die Hälfte aus Pflichtbewußtsein oder auf Ersuchen der sozialistischen Studentenorganisationen kam“, Vorlesungen abhielt. J. Simon, *Augenzeuge*. Wien 1979, 104. Leo Kofler wiederum behauptet, daß die Vorlesungen Adlers gut, wenn auch fluktuierend besucht worden wären: Ders., Interview mit dem Autor am 17. Juli 1987 in Köln (Tonband und Abschrift im „Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich“, Graz).
- 12 Enzyklopädische Übersichten enthalten: W. M. Johnston, *Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte*. Wien u. a. 1974, und E. Glaser, *Im Umfeld des Austromarxismus*. Wien u. a. 1981. Einen ersten Versuch könnte der im Erscheinen befindliche Sammelband *Zur Konstitution der Soziologie in Österreich*, hrsg. von J. Langer, enthalten.
- 13 Siehe Lazarsfeld, *Eine Episode...* a. a. O.; L. Rosenmayr, *Geschichte der Jugendforschung in Österreich*. Wien o. J.
- 14 V. Meja und N. Stehr (Hrsg.), *Der Streit um die Wissenssoziologie*, Frankfurt 1982, und das Sonderheft 22 der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*: dies., *Wissenssoziologie*. Opladen 1981.
- 15 Siehe F. Stadler, *Vom Positivismus zur „Wissenschaftlichen Weltauffassung“*. Wien 1982; ders. (Hrsg.), *Arbeiterbildung in der Zwischenkriegszeit. Otto Neurath – Gerd Arntz*. Wien 1982; J. Dvořak, *Edgar Zilsel und die Einheit der Erkenntnis*. Wien 1981. Sowie einige Beiträge in: R. Haller (Hrsg.), *Schlick und Neurath – Ein Symposium*. Amsterdam 1982.
- 16 Von diesem Stereotyp lebt mittlerweile ein bedeutendes Segment der Kulturindustrie. Siehe den Katalog zur Ausstellung: *Traum und Wirklichkeit Wien 1870–1930*. Wien 1985.
- 17 Siehe das Interview mit Marie Jahoda, „Ich habe die Welt nicht verändert“, in: M. Greffrath, *Die Zerstörung einer Zukunft*. Reinbek b. Hamburg 1979, 122.
- 18 Ob die von Matthes berichtete Initiative der „Staatswissenschaftlichen (sic!) Fakultät in Graz“, die Einführung der Soziologie als Lehrfach und die Errichtung eigener Lehrstühle vom Unterrichtsministerium zu erwirken, unter Beteiligung von Mitgliedern dieser Gesellschaft zustande kam, ließ sich nicht feststellen. Siehe J. Matthes, *Einführung in das Studium der Soziologie*. Reinbek b. Hamburg 1973, 28.
- 19 J. Schumpeter, in: E. Lederer (Hrsg.), *Die Volkswirtschaftlichen Seminare an den Hochschulen Deutschlands und Österreich-Ungarns*. Tübingen 1917, 80.
- 20 Hugo Spitzer, zit. in Matthes, *Einführung*, a. a. O., 22 f.
- 21 A. Günther, *Die alpenländische Gesellschaft als sozialer und politischer, wirtschaftlicher und kultureller Lebenskreis*. Jena 1930.
- 22 Berücksichtigt wurden die Ausgaben 1928/29, 1931, 1935, 1940 und 1950 von Kürnschners *Deutscher Gelehrten-Kalender*. Berlin u. a.
- 23 A. Pfabigan, „Max Adler und die Wiener Universität“, in: *Projektgruppe Kritische Universitätsgeschichte*; ders. (Hrsg.), *Vernunft als Institution? Geschichte und Zukunft der Universität*. Wien o. J., 96. Das Zitat im Zitat entstammt einem Brief Adlers an den Dekan.
- 24 Siehe L. Fleck, *Otto Neurath. Eine biographische und systematische Untersuchung*. Diss. Univ. Graz 1979.
- 25 Siehe H. Maimann und S. Mattl (Hrsg.), *Die Kälte des Februar. Österreich 1933–1938*. Wien 1984, 127. Vgl. auch F. Kadroska (Hrsg.), *Aufbruch und Untergang. Österreichische Kultur zwischen 1918 und 1938*. Wien 1981.
- 26 Eine ausführliche Darstellung wird mein Vorwort zur deutschen Erstausgabe von Marie Jahodas bislang unpublizierter Studie *Unemployed Men at Work* enthalten, die unter dem Titel *Arbeitslose bei der Arbeit* im Frühjahr 1988 in Frankfurt erscheinen wird.
- 27 DÖW 680 2b.
- 28 So charakterisiert Rammstedt die Rolle Spanns in seinem informativen Überblick: O. Rammstedt, *Deutsche Soziologie 1933–1945*. Frankfurt 1986, 109.

- 29 Möglicherweise verzichtete Radakovic von sich aus auf seine Titular-a.o.Professur. Siehe *Grenzfeste deutscher Wissenschaft. Universität und Vergangenheitsbewältigung an der Universität Graz*. Wien 1985.
- 30 DÖW 680 2b. Siehe *Grenzfeste deutscher Wissenschaft*, a. a. O., 59. 65f., 71, 81f.
- 31 DÖW 15059/1 und Personendokumentation des Inst. für Zeitgeschichte, München. Projekt *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933*.
- 32 DÖW 15059/1.
- 33 DÖW 15060/77.
- 34 Archiv der Republik. Akten des BM.f.U. 26 742/46 und öfter.
- 35 E. Dichter, *Motivforschung – mein Leben*. Frankfurt 1977. Und: *Warum? – Warum nicht? Franz Kreuzer im Gespräch mit E. Dichter und P. R. Hofstätter*. Wien 1984.
- 36 Vgl. beispielsweise die Erzählung von F. West in dem Film von Ruth Beckermann: „Wien – retour“.
- 37 So in einem Brief an Marie Jahoda vom 29. April 1940. DÖW 16145/33.
- 38 Siehe dazu ausführlicher: Ch. Fleck, „Vertrieben und Vergessen“, im Ersch. (Anm. 8).
- 39 Siehe das Faksimile eines Aufrufs von Matejka, der in der Novemberausgabe der *Austro-American Tribune* 1945 erschien, in: *Mit der Ziehharmonika. Zeitschrift der Theodor-Kramer-Gesellschaft*, 3, 1986, 1.
- 40 Archiv der Republik. Wien. Zu berücksichtigen bleibt, daß eine unverhältnismäßig große Zahl von Akten skartiert war und daß mir Personalakten nicht zugänglich waren!
- 41 Archiv der Republik, Wien, Akten des BM.f.U. 10 877/46.
- 42 *Ebda.*, 13 234/46.
- 43 *Ebda.*, 10877/46.
- 44 *Ebda.*
- 45 *Ebda.*, 22 824/47.
- 46 *Ebda.*, 26 742/46.
- 47 Ihr gehörten u. a. an: Ernest P. Pick, Viktor Hess, Robert Heine-Geldern, Erich Hula, Wilhelm Berger u. a. Siehe Archiv der Republik, Akten des BM.f.U. 36 270/48. Informationen zu den genannten Wissenschaftlern findet man in: *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933*. München 1980 bis 1983.
- 48 *Memorandum on the Reconstruction of Austrian Universities*. DÖW 4477 und Archiv der Republik, Akten des BM.f.U. 26 742/46.
- 49 Siehe S. Meissl u. a. (Hrsg.), *Verdrängte Schuld, verfehlt Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945–1955*. Wien 1986.
- 50 *Österreichisches Jahrbuch*, 18, 1945–1946.
- 51 So fehlen praktisch alle, die 1945 bereits an westlichen Universitäten feste Positionen einnahmen.
- 52 DÖW 6814.
- 53 Archiv der Republik, Akten des BM.f.U. 3252/46.
- 54 Der zuständige Dekan plädierte bereits am 7. August 1945 dafür, den als NSDAP-Parteimitglied — noch dazu ein sog. „Illegaler“ — klassifizierten Spann wiedereinzusetzen und einen anderen Ökonomen, der seit September 1938 Parteianwärter war, zu belassen, weil er fachlich tüchtig sei. Von letzterem weiß man, daß er seine Professur nicht verlor, seine fachliche Tüchtigkeit unter Beweis zu stellen allerdings schuldig blieb. Siehe Archiv der Republik, Akten des BM.f.U. 1000/45.
- 55 *Ebda.*, 4111/III/4/45. Für letztere Behauptung siehe: *Grenzfeste deutscher Wissenschaft*, a. a. O.
- 56 *Ebda.*, 46 813/47. Hier zitiert nach der ministeriellen Übersetzung des Schreibens.
- 57 *Ebda.*, 10 771/46.

- 58 *Ebda.*, 8993/48. Über Brandweiner war man später, als er sich im als kryptokommunistisch bezeichneten Weltfriedensrat betätigte, weniger zufrieden. Siehe dazu demnächst: Ch. Fleck, *Der Fall Brandweiner. Universität und Kalter Krieg*. Wien 1987.
- 59 Archiv der Republik, Akten des BM.f.U. 17 169/46.
- 60 *Ebda.*
- 61 *Ebda.*, 32 494/46. Dem Akt ist nicht zu entnehmen, daß Bühler von dieser Neuigkeit informiert worden wäre.
- 62 *Ebda.*